Sächsische Zeitung
SZ-ONLINE.DE

# Wer darf im Stadtrat wann reden?

Gleich in der ersten Sitzung gab's reichlich Diskussionen.

17.07.2014 Von Jens Fritzsche

Gleich zur ersten Sitzung flogen mal ein paar kräftige Worte durch den Ratssaal. Kaum war der neue Stadtrat vereidigt, ging‘s um die Hauptsatzung und auch um die Geschäftsordnung des Gremiums –und letztere regelt ja unter anderem, wer wie lange und wie oft reden darf, wie mit Anfragen von Einwohnern oder Stadträten umzugehen ist oder auch, wie lange vor einer Sitzung die Stadträte die aktuellen Unterlagen zugesandt bekommen müssen. Und gerade beim Rederecht, sah sich die CDU in den vergangenen Jahren vom Oberbürgermeister nicht immer gerecht behandelt – sodass die Fraktion nun vorschlug, noch einen Extra-Passus einzufügen. Nämlich den, nach der Zusammenfassung einer Diskussion durch den OB, noch einmal die Chance auf Widerspruch zu bekommen. „Manchmal gab’s da ja auch Dinge, die aus unserer Sicht missverstanden wurden, die wir künftig gern noch gerade rücken würden“, so CDU-Fraktionschef Frank-Peter Wieth. Eine Sicht, die die anderen Fraktionen nicht teilten.

Ebenso wenig sahen die anderen die Notwendigkeit, sich ausführlicher als bisher üblich über Bauvorhaben informieren zu lassen. Die CDU hatte eine Tabelle vorgeschlagen, in der das konkrete Bauvorhaben, die in der Ausschreibung festgelegten Kosten, Planer und Baufirma sowie letztlich auch die tatsächlich entstandenen Baukosten abzulesen sind. „Auf diese Weise könnten wir eine sehr transparente Übersicht erhalten, mit welcher Firma wir gute, aber auch weniger gute Erfahrungen gemacht haben, gerade was die Einhaltung der Kosten betrifft“, begründete CDU-Stadtrat Andreas Hänsel den Vorschlag. Allerdings verwiesen sowohl Oberbürgermeister Gerhard Lemm (SPD), als auch Bauamtschefin Uta Schellhorn auf einen „enormen bürokratischen Aufwand, der mit dem aktuellen Personalstand nicht zu leisten ist“, wie der OB klarstellte. Thomas Israel (CDU) hielt dagegen: „Es geht hier um eine einfache Tabelle, in die das Bauamt ein paar Zahlen einträgt – das ist kein wirklicher Aufwand!“ Was auch CDU-Mann Christoph Klaer so sah: „Sie müssen in der Verwaltung doch sowieso derartige Abrechnungen führen…“ Doch die Bauamtschefin machte deutlich, dass eine solche Übersicht schwierig sei, „weil unterschiedliche Mitarbeiter an unterschiedlichen Bauvorhaben arbeiten“. Was Christoph Klaer dann zur Frage führte: „Das heißt, es gibt in der Verwaltung niemanden, der einen Überblick über die Bauvorhaben hat?“ Die Antwort gab der OB: „Nein, natürlich nicht – weil es eben verschiedene Mitarbeiter gibt, die daran arbeiten…“ Wie erwähnt, eine Mehrheit fand dieser CDU-Vorschlag nicht. Linkenchef Siegfried Hennig sah in den Anträgen der CDU generell „ein Misstrauen gegenüber der Verwaltung, was ich nicht gutfinde!“ Und Detlev Dauphin von den Freien Wählern wünschte sich statt einer solchen Übersicht, lieber die Chance, „bei drohenden Mehrkosten für Bauvorhaben im Technischen Ausschuss nach Lösungen suchen zu können, diese Kosten zu minimieren –denn im Ausschuss sitzen ja die Fachleute, die so etwas können!“

Durchsetzen konnte sich die CDU dann allerdings mit ihrem Vorschlag eines sogenannten Beschluss-Buchs. Auf der Internetseite der Stadt wird künftig jeder Beschluss nicht nur nachzulesen sein, sondern auch der Umsetzungs-Status wird zu erkennen sein. Heißt, die Stadträte – und die Bürger – können genau erkennen, ob die Verwaltung einen Beschluss des Rates realisiert hat oder noch nicht.

Nicht beschlossen, aber zumindest als Diskussionspunkt auf eine der nächsten Sitzungen gesetzt, wurde zudem der CDU-Vorschlag, über ein Fraktionsgeld zu reden. Die CDU möchte, dass die Fraktionen finanziell ausgestattet werden, um besser arbeiten zu können.

Artikel-URL: http://www.sz-online.de/nachrichten/wer-darf-im-stadtrat-wann-reden-2884733.html